

Gemeinsamer ANTRAG der Wählergruppen

**Wirtschaftsbund Steiermark, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Steiermark,
Freiheitliche Wirtschaft Steiermark, Industriellenvereinigung Steiermark**

an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Steiermark am 17. November 2022

Sichere Energieversorgung – Jetzt Vorsorge treffen

Österreich steht aktuell vor wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, welche es seit den 1970er Jahren nicht mehr gegeben hat. Die stark **gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten** treiben die Inflation an und beides erfordert große Anstrengungen von den heimischen Betrieben, um weiterhin erfolgreich wirtschaften zu können.

Der Ukrainekrieg und die auch aufgrund der Sanktionen stark gestiegenen Energiepreise haben unsere Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen deutlich aufgezeigt. Auch durch den raschen Ausbau erneuerbarer Energieträger wird es uns gelingen diese Abhängigkeit zu reduzieren. **Klimaschutz, Umweltschutz und Nachhaltigkeit sind gesamt-gesellschaftliche Aufgaben**, nur durch Bemühungen aller kann die Energiewende gelingen. Unternehmer:innen müssen als Teil der Lösung dabei immer mitgedacht werden.

Da die fokussierte Umstellung auf erneuerbare, CO₂-arme Energieträger mit dem bestehenden Netz nicht zu schaffen ist, fordern wir einen konsequenten **Ausbau der Netzkapazitäten**. „Zukunftsprojekte“ dürfen nicht mehrere Jahre in Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren hängen bleiben. Sie müssen jetzt umgesetzt werden, um die Energiewende schnellstmöglich zu schaffen. Für dieses Ziel bedarf es einer **Aussetzung von UVP-Verfahren** bei Projekten im Bereich erneuerbarer Energie und Netzausbau.

Die Regierung hat bereits erste Maßnahmen gesetzt, um Entlastungen für Unternehmen zu schaffen. Diese Entlastungen gehen jedoch noch nicht weit genug. Um die stark gestiegenen Energiepreise besser abzufedern, müssen weitere Maßnahmen gesetzt werden, wie beispielsweise eine **Energiepreisbremse für Unternehmen**. Deutschland hat hier die Vorreiterrolle eingenommen und sein bereits bestehendes Energieentlastungsprogramm stark ausgeweitet. Dezember 2022 wird es eine Einmalzahlung für alle Unternehmen geben und ab 2023 wird eine Gas- und Wärmepreisbremse mit einem bestimmten Bruttopreis/kWh für Unternehmen und Haushalte eingeführt. Für Unternehmen soll es auch eine Strompreisbremse geben. Solch eine Energiepreisbremse muss auch in Österreich dringend umgesetzt werden, um die Unternehmen zielgerichtet zu entlasten. Jeder Wettbewerbsnachteil kostet abertausende Arbeitsplätze und bedroht die Existenz zahlreicher Betriebe.

Um den Anstieg der Netzgebühren im Jahr 2023 abzufedern wird Deutschland die Netzentgelte mit 13 Mrd. EUR bezuschussen. Ein ähnlicher Mechanismus sollte in Österreich auch eingeführt werden.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichnenden Delegierten daher folgenden

ANTRAG

Die Wirtschaftskammer Steiermark wird aufgefordert, an die Steiermärkische Landesregierung und die Wirtschaftskammer Österreich heranzutreten, damit sich beim Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt,

Energie, Mobilität und Innovation und im eigenen Wirkungsbereich dafür einsetzen, die Energiewende voranzutreiben und verstärkt Vorbereitungen für den Winter zu treffen, insbesondere durch

- **Bewusstsein** für die **positive Rolle der Wirtschaft** für Umwelt- und Klimaschutz sowie für die **ökonomischen Aspekte der Nachhaltigkeit** zu schaffen,
- Investitionen in den **Netzausbau zu forcieren**, um den Umstieg auf nachhaltige Energiequellen zu schaffen,
- **Umweltverträglichkeitsprüfungen** bei nachhaltigen Infrastruktur- und Energieprojekten **aussetzen**, um die Energiewende schnellstmöglich zu verwirklichen,
- Entwicklung einer **Strategie und legislativen Rahmen für den Import von erneuerbaren Energien** mit besonderem Fokus auf klimaneutralen Wasserstoff und E-Fuels.
- die bestehenden **Entlastungsmaßnahmen für Unternehmen** zur Bewältigung der Energiekrise **ausweiten**,
- die **Strompreisbremse** nach deutschem Vorbild zu einer **Energiepreisbremse** für alle Haushalte und **Unternehmen auszuweiten**, um unbürokratische und schnelle Entlastungen zu garantieren,
- Abfederung des **Anstiegs der Netzgebühren** für das Jahr 2023 durch **finanzielle Zuschüsse**.

Graz, am 27.10.2022



**SPO KoR Friedrich
Hinterschweiger**
WB Steiermark



DI Stefan Stolzka
Präsident IV Steiermark



KoR Karlheinz Winkler
Landesobmann SWV Steiermark



Thomas Kainz
gf. Landesobmann FW Steiermark